

4459 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des
Bundesrates

B e r i c h t
des Gesundheitsausschusses

über den Beschluß des Nationalrates vom 20. Jänner 1993 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Arzneiwareneinfuhrgesetz geändert wird

Durch den vorliegenden Gesetzesbeschluß sollen jene Anpassungen im Arzneimittelgesetz vorgenommen werden, die aufgrund des EWR-Abkommens erforderlich sind.

Dabei soll im Hinblick auf die Arzneimittelsicherheit und zur Verhinderung der Umgehung der Zulassungsvorschriften die Einfuhr zulassungspflichtiger Arzneimittel in großem Rahmen wie bisher weitgehend der Kontrolle eines Einfuhrverfahrens unterworfen bleiben.

Eine Liberalisierung der Medikamenteneinfuhr ist hinsichtlich des grenzüberschreitenden Bezugs kleinerer Mengen von Arzneimitteln vorgesehen, die es einer im Inland ansässigen Person ermöglicht, sich aus einem anderen EWR-Mitgliedstaat eine dem üblichen persönlichen Bedarf entsprechende Menge von Arzneimitteln ohne Einfuhrbewilligung schicken zu lassen. Diese Möglichkeit soll jedoch nur für den konkreten Einzelfall vorgesehen werden. Der Versandhandel für Arzneimittel soll weiterhin unzulässig bleiben.

Der Gesundheitsausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 26. Jänner 1993 in Verhandlung genommen und mit Stimmenmehrheit beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Gesundheitsausschuß somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Beschluß des Nationalrates vom 20. Jänner 1993 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Arzneiwareneinfuhrgesetz geändert wird, wird kein Einspruch erhoben.

Wien, 1993 01 26

Gottfried Jaud
Berichterstatter

Dr. Alois Pumberger
Vorsitzender